A21NEU Transparenzpflichten der Regierung bei Rüstungsexporten gesetzlich verankern

Antragsteller*in: Marcel Dickow, Melanie Müller
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

Zeile 380 ff.:

Als Grüne setzen wir uns seit langem für eine restriktive**,** transparente und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik ein. Für uns *ist die Ausfuhr von Waffen***sind Rüstungsexporte** kein Instrument der Industriepolitik. Die Regelungen zur Rüstungsexportkontrolle auf deutscher Ebene wollen wir mit einem Rüstungsexportkontrollgesetz stärken**, das insbesondere Transparenz über die erteilten Genehmigungen und ihre jeweilige inhaltliche Begründung sowie über die tatsächliche Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern schafft. Weiterhin werden wir***und* uns **dafür einsetzen,** auf EU-Ebene *dafür einsetzen,***und für gemeinsame Rüstungskooperationen** ein verbindliches**, im Einklang mit den acht Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU nachvollziehbares** Regime zur europäischen **und gemeinsamen** Waffenexportkontrolle zu *schaffen***implementieren**. Die von uns stets eingeforderte restriktive Rüstungsexportpolitik **entlang strategischer außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen** bleibt der Maßstab unseres Handelns. Das bedeutet, dass Exporte von Waffen an Diktaturen und Menschenrechtsverletzer*innen beendet werden müssen.